

Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen
Belpstrasse 41 · 3007 Bern

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

**Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation SBFI**

Per E-Mail an:
sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Bern, 26. November 2024

Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG); Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Höheren Fachschulen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen (K-HF) musste mit Erstaunen und Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass sie als gesamtschweizerische Vereinigung tertiärer Bildungseinrichtungen und damit **Direktbetroffene** der vorgesehenen Gesetzesänderung **nicht** auf der Liste der (ständigen) Vernehmlassungssadressaten erscheint und entsprechend auch nicht direkt **zur Vernehmlassung eingeladen** wurde. Da im umgekehrten Fall die Hochschulen – unseres Erachtens berechtigterweise – zu sämtlichen Fragen der Höheren Berufsbildung einbezogen werden, befremdet diese Handhabung des WBF resp. SBFI umso mehr. Erschwerend kommt dazu, dass die ungleiche Behandlung der Bildungstypen im politischen Prozess bereits mehrfach moniert wurde. Den vom SBFI dabei abgegebenen Versprechen auf fairen Einbezug der Vertreter:innen der Höheren Berufsbildung sind, wie der aktuelle Fall zeigt, bisher keine Taten gefolgt.

Die Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen ist die Dachorganisation der Höheren Fachschulen. Der Verband repräsentiert über 150 Bildungsinstitutionen und vertritt so mehr als 95 % aller privaten und öffentlichen Höheren Fachschulen aus allen Landesteilen und Sprachregionen der Schweiz, an denen über 33'000 Studierende pro Jahr ausgebildet werden.

Allgemeine Bemerkungen

Die Höheren Fachschulen begrüssen ausdrücklich **Massnahmen zur Minderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich und insbesondere zur Erhöhung des Frauenanteils in diesem Berufsfeld**.

Die K-HF lehnt aber die Verfestigung des «PiBS»-Pilotprojekts im Bundesgesetz vehement ab.

Die Vorlage ist nachweislich (vgl. Wirkungsanalyse 2023) weder gesellschaftlich noch gesamtwirtschaftlich legitimiert. Vielmehr stellt sie im Interesse wachstumsorientierter Fachhochschulen sowie einzelner Unternehmen das Erfolgsmodell der Schweizer Tertiärstufe – Nebeneinander von forschungsorientierten Hochschulen und praxisorientierter Höherer Berufsbildung - fundamental in Frage und öffnet den Weg für eine umfassende Akademisierung weiterer Berufsfelder und Branchen.

Rückmeldung zu einzelnen Änderungsvorschlägen der Vorlage

- Die K-HF unterstützt die sprachliche Anpassung im Bundesgesetz durch den Ersatz des Ausdrucks «Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen» durch «Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen».
- Art. 25a Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen mit integrierter Praxis

Die K-HF lehnt den Artikel aus folgenden Gründen entschieden ab:

- PiBS etablieren ein art- und systemfremdes duales Bildungsmodell im Hochschulbereich ohne den Nachweis gesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Notwendigkeit und Relevanz zu erbringen. Die Wirkungsanalyse kommt zweifelsfrei zum Schluss, dass PiBS «weder die Anzahl MINT-Fachkräfte noch den Frauenanteil an MINT-Fachkräften substanziell erhöht» und dies «voraussichtlich auch künftig nicht tun» wird. Es liegt somit gesellschaftlich und makroökonomisch betrachtet keine massgebliche Verbesserung der zu bekämpfenden Situation vor. Vielmehr wurde das PiBS-Modell auf Wunsch und nach Gutdünken weniger Firmen und Fachhochschulen entwickelt und befristet durch den Bund offiziellisiert. Wenn dieses, von gesellschaftlich geringfügigen Partikularinteressen dominierte Vorgehen Schule macht, wird das Schweizerische Bildungssystem innerhalb kurzer Zeit nur noch aus Ausnahmen und Sonderwegen bestehen. Der erläuternde Bericht enthält kein einziges Argument, wieso der für den MINT-Bereich vorgesehene, staatlich ausfinanzierte Weg nicht auch in anderen Berufsfeldern und Branchen beschritten werden könnte. Wenn das erwiesenermassen beinahe wirkungslose Einzelinteresse weniger Unternehmen, Studierender und Schulen für die Etablierung eines neuen Bildungstyps ausreicht, dann wäre die branchenübergreifende Grundordnung des schweizerischen Bildungssystems innerhalb von kurzer Zeit nicht mehr aufrechtzuhalten. Die anderslautenden Zusicherungen im erläuternden Bericht (4. Kapitel zu Art. 25a Absatz 1 sowie Kapitel 4.2) wirken in diesem Kontext beschönigend, realitätsfremd und irreführend.
- Die im erläuternden Bericht unter Kap. 4.2 gemachte Aussage, dass die Vorlage keine Auswirkungen auf das schweizerische Bildungssystem hätte, muss aufgrund der Faktenlage als schlicht falsch und damit absolut inakzeptabel täuschend eingestuft werden. Einerseits wird das Bildungssystem durch den oben beschriebenen Mechanismus verändert werden. Andererseits sind die Rückmeldungen der Partnerunternehmen zu den Auswirkungen auf das Lehrstellenangebot (vgl. S. 56 Wirkungsanalyse) alles andere als eindeutig. So geben z. B. drei von vier der Partnerunternehmen mit längerem Erfahrungshintergrund an, dass die Anstellung von PiBS-Studierenden eher zu einer Reduktion der Lehrstellen (EFZ) geführt habe. Dazu kommt, dass ein massgeblicher Teil der Unternehmen (26 %) die Anstellung von PiBS-Studierenden gegenüber der Anstellung von Lernenden für finanziell attraktiver hält. Geradezu unglaublich mutet indes der Umstand an, dass in der Analyse des SBFI resp. barbara haering/econcept die Auswirkungen auf die Höhere Berufsbildung und die HF völlig ausser Acht gelassen wurden. Dabei kommt für das Zielpublikum der PiBS ein

Studium an einer HF Technik resp. Informatik jederzeit in Frage. Die Vorlage des Bundes resp. die beabsichtigte Gesetzesänderung blendet die Konkurrenzierung der (Höheren) Berufsbildung komplett aus. Sie präsentiert vielmehr auf der Basis einer inhaltlich unvollständigen Studie einen neuen, unausgegorenen Hochschul-Studiengangstyp, der die gesamtgesellschaftlich und -wirtschaftlich nachweisbar höchst relevante (Höhere) Berufsbildung systemisch, v. a. mittel- und langfristig im Kern angreift, ja bedroht. Auch damit wird die Vorlage die ohnehin grassierende Akademisierung weiter beschleunigen.

Die K-HF vertritt indessen die Auffassung, dass die Bekämpfung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich in erster Linie über die berufliche Grundbildung sowie die Höhere Berufsbildung angegangen werden muss. Dort kann auf längstens im Arbeitsmarkt bewährte und systemkonforme Bildungsmodelle und -wege zurückgegriffen werden. Diese Lösungen wären zudem an Berufsfachschulen und Höheren Fachschulen für die Allgemeinheit deutlich günstiger zu realisieren als an Fachhochschulen.

Wir möchten an dieser Stelle untermauern, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und der Höheren Berufsbildung nicht nur der effektivere Weg wäre, um den akuten Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen, sondern auch entscheidend, um die Stärken bei der Bildungswege optimal zu kombinieren. Die Fachhochschulen können von der Praxisnähe und der tief verwurzelten Berufserfahrung profitieren, die die Höhere Berufsbildung auszeichnet, während die Höhere Berufsbildung durch den Zugang zu den wissenschaftlichen Ressourcen der Fachhochschulen gestärkt würde.

Nur durch eine enge Kooperation können wir zukunftsfähige Bildungsabschlüsse schaffen, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht werden und gleichzeitig die Qualität und Vielfalt der Schweizer Bildungslandschaft sichern.

Die K-HF steht Wirtschaft, Politik und Behörden für die Mitentwicklung zukunftsträchtiger Fördermodelle jederzeit gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Ihre allfälligen Rückfragen stehen wir mit Vergnügen bereit.

Freundliche Grüsse



Peter Berger
Präsident, **Schweizerische Konferenz
der Höheren Fachschulen**



Claudia Zürcher
Vizepräsidentin, **Schweizerische Konferenz
der Höheren Fachschulen**